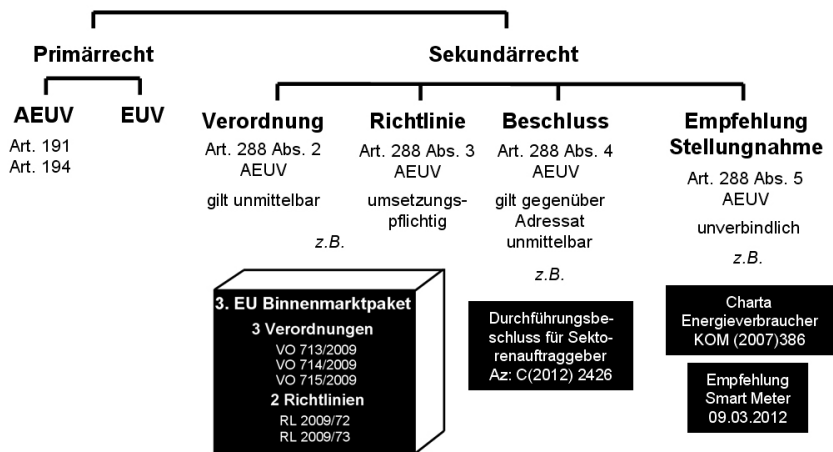


3. Kapitel Kernschnittstellen zum Energierecht

V. Europarecht

2. Sekundärrecht. Mit dem europäischen Sekundärrecht meint man insbesondere die **Rechtsakte** der Europäischen Union i.S.d. Art. 288 AEUV, also Verordnungen, Richtlinien, Beschlüsse, Empfehlungen und Stellungnahmen.

Energiespezifisches europäisches Primär- und Sekundärrecht



a) Verordnungen. Die Verordnung hat allgemeine Geltung. Sie ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat (so die Legaldefinition in Art. 288 Abs. 2 AEUV). Exemplarisch für das Energierecht noch einmal benannt werden sollen hier die schon angesprochene Verordnung über die Integrität und Transparenz des Energiegroßhandelsmarkts vom 25.10.2011, EG 1227/2011, die Verordnung über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen vom 20.1.2004, EG 139/2004 oder die Verordnung zur Gründung einer Agentur für die Zu-

sammenarbeit der Energieregulierungsbehörden vom 13.7.2009, EG 713/2009.

b) Richtlinien. Die Richtlinie ist für jeden Mitgliedstaat, an den sie gerichtet wird, hinsichtlich des zu erreichenden Ziels verbindlich, überlässt jedoch den innerstaatlichen Stellen die Wahl der Form und der Mittel (so die Legaldefinition in Art. 288 Abs. 3 AEUV). Die EU-Richtlinie ist „das“ **Rechtssetzungsinstrument** der EU. Sie kommt sehr viel häufiger vor als die Verordnung. Warum? Weil sie den Mitgliedstaaten im Rahmen der Umsetzung Ermessen, ihre eigenen spezifischen auf den Mitgliedstaat zugeschnitten **Gestaltungsspielräume** überlässt. Sie ist, vereinfacht gesagt, das elegantere Rechtssetzungsinstrument. Bei der Richtlinie geht es - anders als bei der Verordnung - nicht um Rechtsvereinheitlichung, sondern um **Rechtsangleichung**. Soweit der Grundsatz, soweit die europäische Grundidee. Die Praxis sieht oft anders aus. Oftmals sind die Richtlinien derart detailliert, dass den Mitgliedstaaten faktisch kein Raum mehr bleibt, ihr **Umsetzungsermessen** auszuüben. Soweit zu den Grundsätzen; nun zurück zum Energierecht. Der EU-Energiebinnenmarkt wurde im Wesentlichen durch Rechtssetzungsprogramme gestaltet, ganz konkret durch drei EU-Binnenmarktpakete. Zunächst die Elektrizitäts- und Erdgasbinnenmarktrichtlinien vom 19.12.1996, 96/92/EG und 22.06.1998, 98/30/EG. Dieses **erste EU-Binnenmarktpaket** war Teil des Binnenmarktkonzepts der Europäischen Kommission. Auf der Erzeugungsebene ging es um Angleichungen beim Kraftwerksbau, auf der Vertriebssebene um erste Ansätze zur Marköffnung. Bei den Stromnetzen gab es erste Ansätze, diskriminierendes Verhalten gegenüber Netznutzern zu verhindern und bei den Gasnetzen erste Möglichkeiten zur Sanktionierung von Zugangsverweigerungen. Alles in allem aber noch kein Zwang zur Marköffnung.

Die Öffnung der Strom- und Gasmärkte, insbesondere das Recht der Verbraucher, ihre Anbieter frei zu wählen, wurde durch das **zweite EU-Binnenmarktpaket** eingeführt, die sog. Beschleunigungsrichtlinien für Elektrizität, 2003/54/EG und Erdgas, 2003/55/EG, beide vom 26.06.2003.

Den (vorläufigen) Schlusspunkt europäischer Liberalisierungsbestrebungen setzte das **dritte EU-Binnenmarktpaket** mit den Richtlinien für Elektrizität, 2009/72/EG und Erdgas, 2009/73/EG jeweils vom 13.7.2009. Von EU-Binnenmarktpaketen spricht man, weil die vom europäischen Gesetzgeber geschnürten Rechtsakte nicht nur aus Richtlinien bestanden haben, sondern teilweise auch Verordnungen enthielten. So beinhaltet das

dritte EU-Binnenmarktpaket vom 13.7.2009 eben auch die im Rahmen der Verordnungen schon angesprochene Verordnung zur Gründung der ACER.

Die neuen Entflechtungsvorgaben des EnWG 2011 für die Transportnetzbetreiber in § 10a EnWG, die verkürzten Fristen zum Lieferantenwechsel § 20a EnWG, die neuen Anforderungen an Rechnungen in § 40 EnWG oder Verträge in § 41 EnWG hat der Gesetzgeber teils nahezu wörtlich aus den beiden Richtlinien vom 13.07.2009 abgeschrieben. Auch die Installation der Schlichtungsstelle Energie (www.schlichtungsstelle-energie.de) war Teil der Umsetzung dieser Richtlinie. Zur Schlichtungsstelle hieß es beispielsweise in Art. 3 Abs. 13 der Strombinnenmarktrichtlinie. Art. 3 Abs. 13 RL 2009/72/EG lautet:

Die Mitgliedstaaten gewährleisten, dass ein unabhängiger Mechanismus, beispielsweise ein unabhängiger Beauftragter für Energie oder eine Verbraucherschutzinstitution, geschaffen wird, um sicherzustellen, dass Beschwerden effizient behandelt und gütliche Einigungen herbeigeführt werden.

c) Beschlüsse. Beschlüsse sind in allen ihren Teilen **verbindlich**. Sind sie an bestimmte Adressaten gerichtet, so sind sie nur für diese verbindlich (Art. 288 Abs. 4 AEUV). Zwei Beispiele: Am 24.04.2012 stellt die Europäische Kommission, Az: C (2012) 2426, per Durchführungsbeschluss die deutschen Sektorenauftraggeber (nur für den Bereich der konventionellen Energien) partiell von Anwendung des Vergaberechts frei. Am 20.11.2011 beschloss die Europäische Kommission, Az: C (2011) 9451, das Arbeitsprogramm 2012 für die Durchführung des Programms „Intelligente Energie – Europa II“.

d) Empfehlungen und Stellungnahmen. Nicht verbindlich sind dagegen Empfehlungen und Stellungnahmen (so Art. 288 Abs. 5 AEUV). So hat die EU-Kommission beispielsweise am 9.3.2012 zur Vorbereitung für die Einführung intelligenter Messsysteme eine Empfehlung herausgegeben, die u.a. Definitionen zu den „Intelligenten Messsystemen“ beinhaltet. Hierher gehören auch die Mitteilungen der Kommission, beispielsweise zur Charta der Rechte der Energieverbraucher vom 5.7.2007, Az: KOM(2007)386. Auch diese sind rechtlich nicht verbindlich. Völkerrechtlich handelt es sich bei Empfehlungen, Stellungnahmen und Mitteilungen wegen ihres unverbindlichen, „weichen“ Charakters um „**soft law**“.